

Schilda in Luxemburg ?

80 Menschen verlieren ihre Arbeit wenn die asbl Perspective Emploi dicht machen muss !

Vereine (asbl) sind in Luxemburg bei öffentlichen Ausschreibungen zugelassen, dürfen diese Arbeiten aber nicht ausführen weil sie die Konkurrenz verfälschen.

Dies ist das Verdikt des Verwaltungsgerichts Luxemburg vom 2 Dezember 2008.

Wie geht das überhaupt?

Der Reihe nach. Die asbl "Perspective Emploi" des Netzwerkes Objectif Plein Emploi leistet seit über 20 Jahren Arbeiten an den Autobahnen für die Administration des Ponts et Chaussées.

Um diese Arbeiten zu erledigen wurden bis vor drei Jahren Konventionen zwischen beiden Partnern unterzeichnet welche die zu leistenden Arbeiten beschrieben und den dazugehörigen finanziellen Rahmen absteckten.

Vor zwei Jahren bot sich dann die Gelegenheit dieses Konventionssystem auslaufen zu lassen und eine neue Form der Zusammenarbeit einzusetzen. Öffentliche Ausschreibungen eben.

Für diese Änderung gab es einige solide Gründe.

Erstens war die Privatwirtschaft schon immer der Meinung gewesen dass die "subventionierten" asbl's für wenig Geld Arbeiten ausführen, welche sie ebensogut leisten könnten.

Zweitens bot sich dem Staat die Möglichkeit das Konventionssystem mit asbl's zu ändern indem er im Rahmen seiner Verwaltungsreform auch den immer heftiger werdenden Bedenken der Inspection des Finances Rechnung tragen konnte, welche den bis jetzt üblichen Finanzierungsmodus für Staatliche Subventionen an die asbl's anprangerte.

Vor allem aber bot sich dem Staat die Möglichkeit endlich die Logik der Direktive von 2004 der Europäischen Kommission betreffend die Öffentlichen Ausschreibungen, die besagt dass Elemente der Nachhaltigkeit (Preis, Umwelt und Soziales) gestaltender Inhalt dieser Ausschreibungen sein müssen, in die Praxis umzusetzen.

Übrigens war das letzte verbindliche Datum für die Umsetzung dieser Europäischen Direktive in Nationales Luxemburger Recht der 31 Januar 2006 ! Nur, bis jetzt ist das noch immer nicht geschehen.

Schlussendlich ging es bei der Gestaltung der neuen Ausschreibungen darum die soziale Komponente miteinzubeziehen und diese so für Betriebe aus der Privatwirtschaft und aus der Solidarwirtschaft gleichermaßen zugänglich zu machen.

Dies geschah aber nur halbherzig und führte prompt in das oben erwähnte Dilemma. Objectif Plein Emploi hatte davor gewarnt dass es nicht genügt der sozialen Ambition dadurch gerecht werden zu wollen indem man atypische Arbeitsverträge (CIE), die man den "Arbeitslosen" aufbrummt, in der Ausschreibung festzuschreiben und "Betreuungspersonal" für diese Menschen vorzusehen.

Hier liegt auch der Hase im Pfeffer, da das Gericht richtigerweise darauf hinwies dass die asbl's in diesem Fall nicht nur mehr Geld vom Staat für diese Arbeitsverträge zurückfordern können als die Privatwirtschaftlichen Betriebe, sondern auch noch über eine Personalstruktur verfügen die zulässt dass man Mitarbeiter als "Betreuer" ausgeben kann.

Nachhaltige soziale Elemente die hätten in diese Ausschreibungen eingefügt werden können sind somit eben nicht nur ausgediente arbeitsmarktpolitische Instrumente die von vornherein die Konkurrenz verfälschen sondern wie von OPE vorgeschlagen: eine Beschreibung, die die zu leistende konkrete Arbeit zum Ausgangspunkt nimmt um ökologische und soziale Verfahren wirksam werden zu lassen.

Das bedeutet zwar eine komplexe und konstruktive Zusammenarbeit zur progressiven Gestaltung dieser neuen Art der Ausschreibungen, ist aber auch eine Notwendigkeit die ausdrücklich im "Plan d'Action National pour le Développement Durable" und in den "Principes de la Loi sur les Marchés Publics" vorgesehen ist.

Diese Unkoheranzen im Luxemburger Recht und in den politischen Absichten wird nun wahrscheinlich 80 zukunftsorientierte Arbeitsplätze kosten, ein moderner Betrieb wird schliessen und 80 Menschen werden zum Arbeitsamt pilgern müssen um auf ein besseres Morgen getröstet zu werden.

Es wäre an der Zeit vernünftig mit den Bürgern Luxemburgs umzugehen.